

Zusammenfassung

Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Studierende im BMWFW an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und an den Nationalrat

Mit 15. Dezember 2014 legt die Ombudsstelle für Studierende (OS) im BMWFW gemäß § 31 Abs. 7 Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz 2011 ihren zweiten Tätigkeitsbericht (TB) an den Herrn Bundesminister und an den Nationalrat vor.

Berichtszeitraum ist der 1. September 2013 bis 30. September 2014.

- **Berichtsgegenstand und generelle Statistiken:**

Berichtsgegenstand sind die Wahrnehmungen der OS zu vorgebrachten Anliegen aus dem Studien-, Lehr-, Prüfungs-, Service- und Verwaltungsbetrieb an hochschulischen Bildungseinrichtungen im österreichischen Hochschulraum.

Diese Institutionen umfassen öffentliche Universitäten, Privatuniversitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen.

Die vorgebrachten Anliegen stammen von Studieninteressentinnen und –interessenten, Studienwerberinnen und –werbern, Studierenden sowie ehemaligen Studierenden.

Die Gesamtstudierendenzahl an den oben genannten Institutionen beträgt (mit Stichtagsabweichungen) 365.599 Studierende.

Die Zahl der Studienwerberinnen und –werber, soweit erhebbar, betrug

- an öffentlichen Universitäten in den zugangsgeregelten Erstabschlußstudien (gem. § 124b UG 2002) 21.568 Personen (Mehrfachbewerbungen möglich!)

- an Fachhochschulen 53.721 Personen (Mehrfachbewerbungen möglich!)

An Privatuniversitäten und Pädagogischen Hochschulen gibt es keine verfügbaren Bewerberinnen- und Bewerberzahlen.

- **Anliegen in Zahlen**

Wie bereits früher gibt es zu Fallfristen ein erhöhtes Aufkommen von Anliegen, siehe Abb. 12 Seite 49 (so im November, Ende der Nachfrist an öffentlichen Universitäten bzw. im September, Ende der Erstzulassungen an öffentlichen Universitäten und Feststehen der Auswahlergebnisse an Fachhochschulen).

Anliegen nach Geschlecht: 47% der Anliegen kamen von Männern, 53% von Frauen

77% der Anliegen wurden von der OS gegenüber den Anliegen-Vorbringerinnen und – vorbringern direkt erledigt; bei 17% wurden die Anliegen aufgrund von aktuellen Entwicklungen hinfällig; bei 4% der Anliegen ergab sich nach Überprüfung des Sachverhaltes keine Zuständigkeit der OS; bei 1% der Anliegen erfolgte keine Zustimmungserklärung der Anliegendvorbringerinnen und-vorbringer zur Weiterbearbeitung durch die OS; 1% der Anliegen waren zum Stichtag zur Erstellung des Berichtes noch in Bearbeitung (Abb. S. 14, Seite 51).

In Korrelation zu den jeweiligen Gesamtstudierendenzahlen kamen Anliegen von betroffenen Personen zu

85% von öffentlichen Universitäten.

9% von Fachhochschulen,

4 % von Pädagogischen Hochschulen,

1% von Privatuniversitäten

- **Anliegen nach Themen**

Themenschwerpunkte im Berichtszeitraum waren gesamtstatistisch gesehen (Abb. 16 auf S. 53):

91 Anliegen Zulassung zum Studium

69 zu Curricula-Umstellungen

46 zu Studienbeitrag/gebühr

41 zu Studienbeihilfe

39 zu Administratives

37 zu Problemen bei der Betreuung

35 zu Anerkennung von Prüfungen

34 zu Leistungsbeurteilungen

26 zu sonstiges

25 zu Fördermöglichkeiten

Die Themenhäufigkeit variiert nach Hochschultypen, siehe Abb. 17-20

- **Beschreibung anonymisierter Anliegen**

Wie im TB 2012/13 werden auch im vorliegenden Bericht Echt-Anliegen anonymisiert dargestellt, gegliedert in „Sachverhalt“, „Maßnahmen seitens der Ombudsstelle“, „Lösung / Keine Lösung möglich“. Zu berücksichtigende Gesetzesmaterien werden jeweils zu Beginn der Anliegenschilderungen zitiert.

- **Vorschläge an Organe und Angehöriger von Hochschulinstitutionen sowie an den Gesetzgeber**

Wie auch im TB 2012/13 enthält der vorliegende Bericht etliche Vorschläge:

Insgesamt **neun an Organe und Angehörige von Hochschulinstitutionen** zu

-Reihungskriterien an FHs

-Veröffentlichung von Satzungen / Studien- und Prüfungsordnungen an FHs

-Zuweisung von Betreuungspersonen bei Dissertationen

-Ausnahmen bei der Erbringung von Zulassungsnachweisen bei Konflikten oder Kriegen im Heimatstaat

-Ermöglichung von Mediation für Studierende durch die Hochschulinstitutionen

-Implementierung der „Europäischen Charta für Forscher“

-Erhöhung der Transparenz bei der Anerkennung von Studienleistungen

-administrative Maßnahmen bei Studienzeitverlängerungen

-Kriterien für Ausbildungsverträge an FHs und PUs

Ein Vorschlag ergeht an den Gesetzgeber:

-Recht auf Einsichtnahme in Prüfungsunterlagen auch im Rahmen von Aufnahme-, Eignungs- und Zulassungsverfahren

- **Resumee und Ausblick**

Im Berichtszeitraum haben weitere Hochschulinstitutionen lokale Ombudsstellen eingerichtet, siehe Seite 98 sowie Österreich-Karte in der Mittelaufgabe. Mit diesen kooperiert die OS eng.

Folgende Veranstaltungen gemäß HS-QSG 2011 § 31 Abs. 2 sind 2015 geplant:

- Universitäten vor dem Kadi: Erste Erfahrungen mit dem Bundesverwaltungsgericht als neue Rechtsmittelinstanz (Arbeitstitel)
- Arbeits- und Vernetzungstagung der hochschulischen Ombudsstellen
- Ausbildungsverträge und Studien/Prüfungsordnungen an Fachhochschulen und Privatuniversitäten (Arbeitstitel)
- Diskriminierung im Hochschulalltag: Alter, Geschlecht, Nationalität, Ethnie, sexuelle Orientierung (Arbeitstitel)
- Zur Situation internationaler Studierender in Österreich: Visum, Einreise, Zulassung, Sprache, Kultur, Studium, Arbeiten, Niederlassung (Arbeitstitel)